WB-EZ-01-088

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Europa
Beschlussdatum:	22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 87 bis 100:

~~Europas Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. Die EU ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das europäische Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie nur zwischen den Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort europäischer Entscheidungen soll das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische Kommission und ihre Präsident*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können. Für Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen abbauen. Außerdem sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.~~

Europas Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. Die EU ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat auch sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf allen Ebenen für mehr Beteiligungsmöglichkeiten und transparente Prozesse. Zu häufig wurden in den letzten Jahren Entscheidungen von nicht demokratisch rechenschaftspflichtigen Institutionen - wie Troika oder ESM - getroffen und zu oft werden Entscheidungen einseitig über das Handeln nationaler Regierungen legitimiert. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass das Europäische Parlament als direkt gewählte EU-Institution der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird und das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt mitentscheiden.

Ein Schlüssel zur Stärkung der europäischen Demokratie ist zudem mehr Transparenz - auch wenn die Abläufe in den EU-Institutionen teilweise schon heute transparenter sind als auf nationaler Ebene. Der Rat sollte aber grundsätzlich öffentlich tagen und seine vorbereitenden Gremien transparent werden. Auch die nationalen Parlamente wollen wir durch vertraglich zugesicherte Informationsrechte stärken, damit das Handeln der eigenen Regierung in Brüssel stärker beeinflusst und kontrolliert werden kann.

Um die Handelnden in der EU sichtbarer zu machen und eine größere europäische Öffentlichkeit und europaweite Legitimation zu erreichen, sollten Parteien mit transnationalen Listen für das EU-Parlament und auch weiterhin mit europäischen Spitzenkandidat*innen für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in zur Europawahl antreten.

Zudem muss die Abwahl der Europäischen Kommission und ihres bzw. ihrer Präsident*in über einem konstruktiven Misstrauensvotum durch eine Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments möglich sein und nicht wie bisher mit Zweidrittelmehrheit.

Für Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen abbauen. Schließlich sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden. Als ersten Schritt dahin wollen wir ein Landtagswahlrecht auch für Unionsbürger*innen in Deutschland ermöglichen.